

Todesstrafe eines Adventisten in Pakistan wegen Blasphemie beantragt

Auf Blasphemie folgt in Pakistan die Todesstrafe

Weltweit berichten Medien über diesen Antrag. Auf Betreiben der Staatsanwaltschaft hat das Gericht nun den Antrag zu behandeln, die lebenslängliche Freiheitsstrafe in die Todesstrafe umzuwandeln, weil nur das eine angemessene Antwort auf die Lästerung des Propheten sei. Pakistan ist bekannt für seine strikte Blasphemiegesetzgebung. Der jetzige Fall steht in einer traurigen Reihe mit einer Vielzahl vergleichbarer Schicksale. In der Regel sind Angehörige religiöser Minderheiten betroffen – häufig Christen –, denen auf Grundlage von haltlosen Bezeichnungen der Prozess gemacht wird.

Weltweites Aufsehen hatte der Fall *Asia Bibi* erregt, die als erste Frau in eine solche Lage geraten war und erst nach vielen Jahren Haft letztlich in Freiheit kam. Es bleibt zu hoffen, dass auch für *Sajjad Masih Gill* noch etwas erreicht werden kann. Aber wieviel Lebenszeit wird ihm dann zerstört worden sein?

Internationale Kritik an Pakistans Vorgehen

Pakistan ist international stark für seine Gesetze gegen Gotteslästerung kritisiert worden. So hat sich das Europäische Parlament in einer Entschließung vom 27.11.2014 deutlich dazu positioniert. Leider ist es aufgrund der fragilen Mehrheitsverhältnisse in Pakistan und des Einflusses religiöser Extremisten bislang nicht möglich gewesen, an der unerträglichen Gesetzessituation etwas zu verändern. Selbst pakistanische Juristen und Politiker, die sich zugunsten von Betroffenen ausgesprochen haben, sind Opfer von Mordanschlägen geworden.

Aufruf zum Gebet für die Betroffenen

Der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, hält es angesichts dieser Lage für wichtig, dass die Betroffenen nicht in Vergessenheit geraten. So könne jeder Einzelne für Mr. Gill, seine Rechtsanwälte, seine Familie und seine Kirche beten. „Der Fall *Sajjad Masih Gill* zeigt, welches Unheil angerichtet werden kann, wenn Gesetze dazu dienen, eine Religion als solche zu schützen und nicht die Menschen, die – auch wenn sie einer Minderheit angehören – ihren Glauben ausleben und bekennen möchten.“

Institut für Religionsfreiheit in Friedensau

Seit den 1990er Jahren gibt es an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg ein Institut für Religionsfreiheit. Dessen gegenwärtiger Leiter, der Jurist Dr. Harald Mueller, forderte zuletzt Wachsamkeit bei den Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte in der Corona-Pandemie. Sie müssten die Ausnahme bleiben.